

+ Werkstattträte im Kreis Segeberg kritisieren: Behinderte verdienen zu wenig



▶ Artikel anhören • 5 Minuten

Wer würde für nicht einmal 400 Euro Monatslohn in Vollzeit arbeiten gehen? Für Menschen mit Behinderung, die in Werkstätten für behinderte Menschen arbeiten, ist das die Realität. Auch im Kreis Segeberg. Was die Werkstattträte fordern und welche Lösungen sie vorschlagen.

Sylvana Lub
10.04.2024



Artikel verschenken

Kreis Segeberg. Nicht mal 400 Euro monatlich verdienen Menschen mit Behinderung durchschnittlich in den Werkstätten für behinderte Menschen in Deutschland. „Zu wenig“, sagen die Werkstatträte. Unter dem Motto #WirVerdienenMehr machen die Interessenvertretungen bundesweit auf diesen Missstand aufmerksam. Jetzt auch im [Kreis Segeberg](#).

Die Norderstedterin Kerstin Scheinert ist seit knapp zwei Jahren Vorsitzende der LAG (Landesarbeitsgemeinschaft) Werkstatträte Schleswig-Holstein. Die 49-Jährige setzt sich für die Belange der Werkstätten-Angestellten ein. Deutschlandweit arbeiten rund 300 000 Menschen in Werkstätten, in Schleswig-Holstein sind es rund 12 000.

Arbeiten in Werkstätten: 300 bis 400 Euro Lohn für Vollzeitstelle

Wer in einer der Werkstätten im Kreis Segeberg angestellt ist, arbeitet in Vollzeit von 8 bis 16 Uhr, freitags bis 15 Uhr. Scheinert ist seit 20 Jahren in den [Segeberger Wohn- und Werkstätten](#) am Standort Henstedt-Ulzburg tätig, wo sie als Werkstatträtin freigestellt ist. In den Segeberger Wohn- und Werkstätten mit fünf Standorten im Kreis arbeiten mehr als 500 Menschen mit Behinderung. Die Arbeitsplätze entsprechen weitestgehend denen in Industrie, Handwerk und Dienstleistungsgewerbe.

Scheinert ist seit einem Schicksalsschlag vor 30 Jahren schwerbehindert. Im Alter von 19 Jahren hatte sie einen Reitunfall. Durch ein Schädelhirntrauma erlitt sie einen Schlaganfall. Sie ist seitdem halbseitig gelähmt und auf einem Auge blind. Zum Zeitpunkt des Unfalls steckte Scheinert gerade mitten in der Ausbildung zur Bankkauffrau, die sie nicht mehr beenden konnte. 2022 ist die Norderstedterin für ihr soziales Engagement mit dem Verdienstkreuz am Bande von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier geehrt worden.

Arbeitende Menschen mit Behinderung auf Bürgergeld angewiesen

Scheinert erklärt die Zusammensetzung des Lohns der Werkstattkräfte: Jeder bekommt den gesetzlich festgelegten Grundbetrag von 129 Euro, den die Werkstätten bezahlen. Hinzu kommen 52 Euro Arbeitsförderungsgeld vom Staat. Und dann gibt es den „leistungsbezogenen Steigerungsbetrag“, also den eigentlichen Arbeitslohn, den ebenfalls die Werkstätten zahlen. Der Lohn ist individuell verschieden, je nach Arbeitsleistung. „Der liegt so zwischen 100 und 200 Euro“, sagt Scheinert. „In bestimmten Arbeitsbereichen gibt es etwas mehr, zum Beispiel in Küchen.“

Davon leben kann niemand. Deshalb erhalten die Menschen mit Behinderung auch eine Grundsicherung, also Bürgergeld. „Wir würden aber gerne unseren Lebensunterhalt von unserem erarbeiteten Gehalt bezahlen können“, sagt Scheinert.

Dass dies in den Werkstätten schier aussichtslos ist, weiß auch Scheinert. „Das kann nicht erwirtschaftet werden.“ Sie betont: „Wir wollen mit unserer Forderung auf keinen Fall die Werkstätten schlecht machen.“ Die seien sehr wichtig für Menschen mit Behinderung, gäben ihnen Struktur und ein Sozialleben. Aber eben nicht genügend Geld.

SPD-Bundestagsabgeordneter nimmt Forderungen mit nach Berlin

Kernthema der Werkstatträte ist die dringende Reform des ganzen Werkstatt-Systems, einschließlich der Entgeltregelungen. Bereits 2019 hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine Untersuchung in Auftrag gegeben, die dazu dienen soll, „ein transparentes, nachhaltiges und zukunftsfähiges Entgeltsystem in Werkstätten für behinderte Menschen“ zu entwickeln.

Seit September 2023 liegen [die Ergebnisse der Studie](#) vor. Doch die gewählten Vertreter und Vertreterinnen in den Werkstatträten befürchten, dass ihre Forderungen im Gesetzgebungsverfahren nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Deshalb hatten sie jüngst den [Bundestagsabgeordneten Bengt Bergt \(SPD\)](#) nach [Kaltenkirchen](#) zu einem Gespräch gebeten, um ihn über die Forderungen zu informieren, die Bergt dann mit nach Berlin nehmen soll.

Deshalb hatten sie jüngst den [Bundestagsabgeordneten Bengt Bergt \(SPD\)](#) nach [Kaltenkirchen](#) zu einem Gespräch gebeten, um ihn über die Forderungen zu informieren, die Bergt dann mit nach Berlin nehmen soll.

„Der Lohn muss die Menschen endlich frei von der Grundsicherung machen“, sagte Thies Teegen, Vorstandsmitglied der LAG Schleswig-Holstein. „Eine Kombination aus einem steuerfinanzierten auskömmlichen Sockelbetrag plus einem leistungsabhängigen erwirtschafteten Lohnbestandteil halten wir im ersten Schritt für eine faire Lösung.“

Kerstin Scheinert ergänzte: „Dabei müssen die besonderen Schutzrechte, wie die Arbeitsplatzgarantie und die fiktiv erhöhten Rentenzahlungen, erhalten bleiben.“ Das schütze derzeit „vor einer gewissen Altersarmut“.

Lesen Sie auch

- [Kaltenkirchen: Leben, Lieben und Streiten in der Lebenshilfe-WG](#)
- [Premiere: Bauhof Bad Bramstedt stellt Mitarbeiter mit Behinderung ein](#)

Bergt bedankte sich für den tieferen Einblick in die Arbeitssituation der Menschen mit Behinderung. Das System brauche „dringend eine Reform“. Das betreffe die Mitbestimmung der Werkstatträte und den Übergang in den offenen Arbeitsmarkt, vor allem aber das Entgeltsystem. Bergt: „Acht Euro pro Tag bei Vollzeit sind nicht genug. Jede Arbeit ist Arbeit, und Arbeit muss sich lohnen.“